

Kurdinnen und Kurden fordern Gleichstellung



Konferenz thematisiert Integrationsbedingungen

Einleitung von Astrid Willer,
Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

Am 9. September fand in Berlin die Konferenz „Kurden in Deutschland“ mit fast 300 TeilnehmerInnen statt. Als Ergebnis wurde eine gemeinsame Abschlusserklärung beschlossen.

Ein breites Bündnis u.a. vom niedersächsischen Flüchtlingsrat, dem IPPNW, Yek-Kom, der Internationalen Liga für Menschenrechte und dem Deutsch-Arabischen Dachverband hatte eingeladen, um die besonderen Integrationsbedingungen und –hürden für in Deutschland lebende KurdInnen in den Fokus zu rücken. Obwohl KurdInnen seit vielen Jahren als ArbeitnehmerInnen, Flüchtlinge, StudentInnen in Deutschland leben, werden sie nach einhelliger Auffassung der TeilnehmerInnen nicht in ihrer Identität zur Kenntnis genommen, sondern entsprechend ihrer nationalstaatlichen Herkunft betrachtet und behandelt, ungeachtet der Tatsache, dass sie u.U. in diesen Ländern wegen ihrer kurdischen Herkunft unterdrückt wurden. Für eine gelingende Integration sei aber die Anerkennung von Sprache und Kultur Voraussetzung, ebenso wie eine ausreichende Kompetenz in der Muttersprache für den Erwerb der Zweitsprache Deutsch. Demgegenüber wirkt integrationshemmend, dass kurdische Vereine in Deutschland regelmäßig der PKK-Nähe bezichtigt und vor dem Hintergrund des nach wie vor bestehenden Verbots kriminalisiert werden. Öffentliche Förderung für Aktivitäten kurdischer Vereine wird vor diesem Hintergrund in der Regel nicht gewährt.

Nebenstehend dokumentieren wir die gemeinsame Abschlusserklärung der KonferenzteilnehmerInnen.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz „Kurden in Deutschland - Geschichte, Gegenwart, Perspektiven für Gleichstellung“ am 9. September 2009 im Abgeordnetenhaus von Berlin erklären:

Nach über 45 jähriger Migration leben nun fast eine Million KurdInnen in Deutschland, die als ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge oder AkademikerInnen aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien gekommen oder geflohen sind. Etwa ein Drittel von ihnen besitzen inzwischen die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik. Die zweitgrößte MigrantInnengruppe ist bis heute nicht als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt, da sie i. d. R. entweder als türkische, iranische, irakische oder syrische Staatsangehörige gelten. Dadurch werden ihnen fundamentale Rechte wie muttersprachlicher Unterricht, Beratung und Betreuung in der eigenen Sprache, Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u. v. a. m. verwehrt. Es ist nun an der Zeit, dass

diese Bevölkerungsgruppe als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt wird um sie damit in der öffentlichen Unterstützung und Förderung der sozio-kulturellen Anliegen den anderen MigrantInnengruppen gleichzustellen.

Die Tatsache, dass seit 1993 aufgrund politischer Erwägungen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verboten wurde, führt dazu, dass kurdische MigrantInnen und insbesondere ihre Selbstorganisationen kriminalisiert, stigmatisiert und als Folge dessen, doppelter Ausgrenzung ausgesetzt werden. Die Organisationsverbote und zahlreichen Repressionsmaßnahmen stellen sich derzeit als große Integrationshindernisse dar. Die KurdInnen, die seit Jahrzehnten zu einem festen Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft geworden sind, werden so an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diese Tatsachen zeugen von einem fatalen Defizit der Demokratie in Deutschland. Es ist dringlicher denn je, diesen Umstand zu ändern.

Die TeilnehmerInnen sind der Auffassung, dass ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig ist. Um dies gewährleisten zu können, fordern sie Politik und Gesellschaft auf, Schritte zur Beseitigung der Folgen des bisherigen Umganges mit KurdInnen zu unternehmen. Dazu gehören insbesondere:

1. Die Anerkennung der kurdischen MigrantInnen als eigenständige MigrantInnengruppe und Gleichstellung mit den anderen MigrantInnengruppen;
2. Aufhebung der seit 1993 bestehenden PKK Verbot und gegen kurdische Organisationen und Beendigung der Repressionsmaßnahmen;
3. Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten auch für kurdische MigrantInnen und Flüchtlinge in ihrer Muttersprache und Herausgabe von Informationsmaterialien in kurdischer Sprache;
4. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für kurdische SchülerInnen;
5. Das Zulassen von kurdischen Namen, auch wenn diese von den Behörden der Herkunftsländer nicht anerkannt werden;
6. Gleichbehandlung der KurdInnen bei den fremdsprachigen Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten;
7. Aufhebung der Betätigungsverbote für kurdische Medien wie ROJ TV in Deutschland;
8. Aufnahme der Selbstorganisationen der KurdInnen in den Integrationsgipfel und Förderung der Selbsthilfe sowie der Bestrebungen für muttersprachlichen politischen und kulturellen Information und Bildung;
9. Einstellung von Abschiebungen von politisch aktiven KurdInnen und der Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge;
10. Verstärkter Einsatz der Bundesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage.



Bezug:
Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.
lis@frsh.de
T. 0431-240 82 80

Film: „Land in Sicht!“
August 2007, 47 Minuten
Kamera & Regie: Ullrich Selle
Schnitt & Ton: Lorenz Müller
sowie: Elisabeth Saggau,
Moses Merkle, Wulf Lüder,
Katja Reusch
Musik: Balkan Soul
selle filmproduktion
info@sellefilm.de

Gefördert durch:
Europäischer Sozialfonds,
Bundesministerium für Arbeit
& Soziales, PRO ASYL e.V.,
Filmförderung Hamburg u.
Schleswig-Holstein

Die TeilnehmerInnen der Konferenz sind der Auffassung, dass diese Forderungen einen wichtigen Schritt für die überfällige Integration eines nicht unwesentlichen Teiles unserer Bevölkerung bedeuten. Sie sind der Überzeugung, dass Zivilgesellschaft, die demokratischen Kräfte unseres Landes, die Selbstorganisationen der KurdInnen und die verantwortliche Politik große Anstrengungen unternehmen müssen, um eine friedliche, gleichberechtigte und demokratischere Zukunft gestalten zu können. Die aus der Migration der KurdInnen in Deutschland herauswachsenden Probleme sollten als eine

Herausforderung für Gesellschaft und Politik verstanden werden. Daher erklären die TeilnehmerInnen der Konferenz ihren Willen, auch in der Zukunft sich gemeinsam für die Lösung der Probleme der kurdischen MigrantInnen einzusetzen. Sie erachten die heutige Konferenz als einen Beginn weiterer Aktivitäten.

Berlin, den 9. September 2009



Das Leben von geduldeten Flüchtlingen ist geprägt von eingeschränkten Rechten und der drohenden Abschiebung. An der schleswig-holsteinischen Westküste werden geduldete Flüchtlinge zu Küchenhilfen ausgebildet und auf eine Arbeit auf der Nordseeinsel Sylt vorbereitet. Ob es zur Arbeitsaufnahme jemals kommen wird ist mehr als ungewiss, denn sie verfügen weder über einen Aufenthaltsstatus noch über eine Arbeitserlaubnis.